



Pressemitteilung

Eckhardt Rehberg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Rosa-Luxemburg-Straße 25/26, 18055 Rostock

☎ (0381) 252 – 24 60

📠 (0381) 252 – 24 85

✉ eckhardt.rehberg@wk.bundestag.de
www.eckhardt-rehberg.de

Rostock, 20. April 2011

Eckhardt Rehberg: Vor 65 Jahren fand Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED statt – „Menschen wollten keinen Sozialismus“

Der Bundestagsabgeordnete Eckhardt Rehberg (CDU) wies heute auf die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ vor 65 Jahren am 21. und 22. April 1946 in Ost-Berlin hin:

„Der Blick auf diesen Aspekt der Geschichte lehrt, dass die Menschen in der Sowjetischen Besatzungszone, aus dem die spätere DDR erwuchs, sich nach dem Krieg Frieden und Solidarität wünschten, aber keinen Sozialismus, der in der DDR wiederum politisch Andersdenkende und Freiheitssuchende verfolgte und inhaftierte“, so Rehberg. Nur eine Minderheit hätte kommunistische oder sozialistische Ideen verfolgt. Der Zuspruch für SPD und bürgerliche Parteien im Herbst 1945, der weitaus größer war als der für die KPD, belege dies eindrucksvoll.

Rehberg erklärte in diesem Zusammenhang, dass „wir Ostdeutschen unsere Lebensbiographien, so weit es möglich war, verwirklichen konnten – trotz SED-Herrschaft. Vielen wurde ihr Einsatz für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit jedoch zum Verhängnis. Sie litten unter menschenfeindlichen Bedingungen als politische Häftlinge in der DDR. Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED markiert einen ersten Höhepunkt der einsetzenden politischen Unterdrückung und Maßregelung in der SBZ/DDR“, so Rehberg. Er hoffe, dass „die heutige Sozialdemokratie sich des Ereignisses vor 65 Jahren und dessen Bedeutung für die Gegenwart“ bewusst sei, so Eckhardt Rehberg abschließend.